



Ein strategischer Partner auf Irrwegen?

Perspektiven für die Ukraine 2013

URSULA KOCH-LAUGWITZ

Januar 2013

- Die regierende Partei der Regionen (PdR) hat bei der Parlamentswahl im Oktober 2012 keine eigene Mehrheit erreicht und somit ihr Wahlziel deutlich verfehlt. Parteien am linken und rechten Rand wurden gestärkt. Erstmals zieht eine rechtsextreme Partei in Fraktionsstärke in das ukrainische Parlament ein.
- Zwar hat Präsident Wiktor Janukowytsch seine Macht intern ausgebaut. Dennoch kann er sich seiner Wiederwahl 2015 nicht sicher sein.
- Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine befinden sich in einer Sackgasse. Kurzfristige fiskalische Erwägungen könnten angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage eine Neuausrichtung der ukrainischen Außenpolitik bewirken. Ein Beitritt zur Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan wird ernsthaft erwogen.



Nach den Plänen der ukrainischen Regierung sollte 2012 ein rauschendes Festjahr werden: Bewegte, stimmungsvolle Sommerbilder der EURO 2012 würden der Welt das Bild eines modernen Landes im Osten Europas vermitteln. Der Schwung und der internationale Imagegewinn der Europameisterschaft sollte dann die regierende Partei der Regionen (PdR) in der Parlamentswahl im Oktober zum Sieg tragen. Damit wäre gleichzeitig eine Steilvorlage geliefert für die Wiederwahl von Präsident Wiktor Janukowytsch im März 2015. Nach fast einem Jahrzehnt intensiver Verhandlungen sollten ein politisches Assoziierungsabkommen und ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet und die ausgesetzte Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) wiederbelebt werden. Doch es kam alles ganz anders.

Die Parlamentswahl

Die gesamte Vorwahlphase, der 90-tägige Wahlkampf, der Verlauf des Wahltages und der anschließende Kampf um die Deutungshoheit über die Ergebnisse waren nach Einschätzung der meisten internationalen Beobachter insgesamt nicht ausreichend fair, sondern für die Ukraine ein Rückschritt auf dem Weg der Demokratisierung.

Bekannte Oppositionsführer wie Julija Tymoschenko und Jurij Luzenko waren durch Verurteilungen in rechtsstaatlich fragwürdigen Prozessen von der Teilnahme ausgeschlossen. Die unter dem Einfluss von überwiegend regierungsnahen Oligarchen stehenden elektronischen Medien gewährleisteten erst in der Endphase des Wahlkampfes eine angemessene Berücksichtigung der Opposition und berichteten nicht ausgewogen. Steuerprozesse und andere Behinderungen gegen den oppositionsnahen Fernsehsender *TVi* gelten als politisch motiviert.

Die Wähler wurden von den Parteien und Kandidaten durchgängig wieder mit populistischen Versprechungen umworben, denen zufolge entweder der schnelle Beitritt zur Europäischen Union oder die Wiederaufrechterstellung der UdSSR den mühevollen Weg von Reformen und Wandel abkürzen könnten. Aber viele Wähler sind nach zwei Jahrzehnten voller Versprechungen und auch nach der Selbstzerfleischung der orangen Eliten skeptisch; und nicht wenige tief frustriert. 2010 wählten sie Tymoschenko deshalb mehrheitlich nicht zur Präsi-

dentin und setzten stattdessen ihre Hoffnung auf den Stabilität versprechenden Kandidaten Janukowytsch. Heute ist die Ernüchterung größer geworden, da er seine in der ukrainischen Geschichte unerreichte politische Machtfülle vor allem zur Absicherung seiner Position und zugunsten der pekuniären Interessen seiner Entourage einsetzte.

Regierung und Opposition versuchten, wie in der Ukraine leider üblich, Wählerstimmen zu kaufen. Die Regierung mobilisierte, wie immer, administrative Ressourcen; und missliebige Kandidaten wurden, wie immer, eingeschüchert, bedroht und behindert.

Der Wahltag an sich verlief nach Einschätzung der meisten Beobachter normal und friedlich. An sich fragwürdige, teure Videoüberwachung in den Wahllokalen, vor allem aber ein Heer von etwa 4.000 internationalen sowie ein Mehrfaches an nationalen Wahlbeobachtern leisteten dazu einen wichtigen Beitrag.

Als sich im Verlauf der Stimmenauszählung abzeichnete, dass die Partei der Regionen ihr Wahlziel deutlich verfehlen würde, gab es in rund zwölf Direktwahlkreisen eindeutige Manipulationsversuche zugunsten von regierungsnahen Bewerbern, die nach vorläufigem Stand Neuwahlen in fünf Direktwahlkreisen im Frühjahr 2013 zur Folge haben werden.

Unmittelbar nach der Wahl kam es zu Demonstrationen der Opposition vor der Zentralen Wahlkommission. Jedoch verpufften alle Aktionen schnell. In der Bevölkerung fehlt die Bereitschaft zum politischen Protest, da sie das Vertrauen in die Politiker verloren hat. Die Machtinteressen innerhalb der Opposition sind zu verschieden, ihre Reihen sind löchrig. Schon bei der Konstituierung des Parlaments liefen erste Abgeordnete zur Regierungsfraktion über. Die schärfste Form des politischen Protests bleibt bis auf Weiteres die Presseerklärung.

Ergebnisse

Bei der Wahl galt ein gemischtes Wahlsystem. 225 von 450 Abgeordneten wurden nach Mehrheitswahlrecht direkt in Einerwahlkreisen (ohne Stichwahl) gewählt, die andere Hälfte des Parlaments über geschlossene Listen von Parteien (zu den Ergebnissen siehe Tabelle 1). Die Wahlbeteiligung lag unter 60 Prozent, war damit geringer



Tabelle 1: Ergebnisse der Parlamentswahl 2012

Partei	Ergebnis der Listenwahl in % 2012 (2007)	Listenmandate	Direktmandate	Mandate gesamt
Partei der Regionen (PdR)	30 (34,4)	72	113	185
Wahlbündnis »Vaterland«	25,5 (30,7)	62	39	101
Ukrainische demokratische Allianz für Reformen (UDAR)	14	34	6	40
Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)	13,2 (5,3)	32		32
Swoboda	10,4 (0,7)	25	12	37
Sonstige Parteien	6,8		7	7
Parteilose			43	43

* Alle Wahlergebnisse und Mandatsberechnungen sind vorläufig, da im Frühjahr 2013 Neuwahlen in mindestens fünf Direktwahlkreisen stattfinden sollen.

als 2007 und besonders schwach im Süden und Osten der Ukraine. Sowohl die Partei der Regionen als auch Tymoschenkos Partei »Vaterland« verloren in absoluten Zahlen jeweils fast zwei Millionen Wähler im Vergleich zu 2007.

Neben der Partei der Regionen, die mit vorläufig 185 Mandaten stärkste Fraktion bleibt, ziehen die »Vereinigte Opposition« (»Vaterland« sowie mehrere kleinere Parteien) mit 101 Abgeordneten, die deutlich wieder erstarkten Kommunisten (KPU) mit 32 und zwei neue Parteien in die *Werchowna Rada* ein: die Ukrainische demokratische Allianz für Reformen (UDAR), ein politisch noch völlig unbeschriebenes Blatt, in dem viele bekannte Gesichter aus anderen Parteien unter der Führung von Witali Klitschko eine neue Heimat gefunden haben, mit 40 Sitzen, und die rechtsextreme Freiheitspartei (*Swoboda*) mit 37 Parlamentariern. Sieben Parlamentarier vertreten Kleinstparteien, darunter der bisherige Parlamentspräsident Wolodymyr Lytwyn und der ehemalige Leiter des Präsidialamtes Wiktor Baloha. Hinzu kommen 43 direkt gewählte, vermeintlich unabhängige Abgeordnete, darunter Ex-Minister Petro Poroschenko. Der Personalaustausch ist erheblich, die Mehrheit der Abgeordneten ist neu gewählt. Kommunisten und *Swoboda* stellen nun mehrheitlich junge, aggressive Fraktionen.

Fast alle veröffentlichten Umfragen von konkurrierenden Instituten hatten UDAR ein klar besseres Wahlergebnis vorausgesagt und *Swoboda* auf eine Zitterpartie am Wahlabend eingestimmt. *Exit polls* am Wahltag zeigen, dass sich sehr viele Wähler dieses Mal sehr kurzfristig entschieden haben, zugunsten von »Vaterland« und gegen UDAR, deren politisches Programm zu vage geblieben war.

Bei sorgfältiger Analyse war aber lange absehbar, dass *Swoboda* die auf fünf Prozent angehobene Sperrklausel sicher überwinden würde. Diese Partei profitiert von der Enttäuschung vieler Wähler, sowohl über die Partei der Regionen als auch über »Vaterland«. Sie hat viele Proteststimmen »gegen alle« erhalten, da diese Option nach dem neuen Wahlgesetz auf den Stimmzetteln gestrichen wurde. Eine Analyse der *Swoboda*-Wähler in der Hauptstadt Kiew kommt zu dem bestürzenden Befund, dass die Partei, die hier den dritten Platz belegte, ihre Wähler überwiegend aus den gut gebildeten Mittelschichten rekrutierte.

Die ökonomische und soziale Krise spielen *Swoboda* zusätzlich politisch in die Hand. Ihr Vorsitzender Oleh Tjahnybok wurde schon seit 2010 von der Partei der Regionen gezielt als Alternative zu Tymoschenko gefördert und in der Öffentlichkeit aufgewertet. *Swobodas* Integration in das »Komitee gegen Diktatur« und die Wahlabsprachen über 30 Direktwahlkreise mit »Vaterland« verliehen der Partei zusätzlich öffentliche Legitimation. Ein im Sommer 2012 eilig verabschiedetes Sprachengesetz räumt den Regionen die Möglichkeit ein, Minderheitensprachen – und damit in aller Regel der russischen Sprache – den Status einer zweiten Amtssprache zu geben. Dies hat *Swoboda* in der Westukraine bei der Mobilisierung mehr geholfen als die Aufwertung des Russischen der PdR im Osten. Nicht zuletzt ist Tjahnybok nicht nur ein politischer Stratege, der seiner Partei im Wahlkampf einen Schafspelz umgehängt hat, sondern er ist auch, im Unterschied zu etlichen anderen Spitzenpolitikern, überaus talkshowkompatibel.

Wie weiter?

Dank des wieder einmal geänderten Wahlrechts, dem allerdings im November 2011 auch weite Teile der Opposition ihre Zustimmung gaben, kann die PdR auch in Zukunft die Regierungspolitik maßgeblich bestimmen. Die politische Landschaft ist mit dem Wahltag aber pluralistischer geworden. Das Wahlergebnis macht politische Entscheidungen in der Zukunft nicht berechenbarer, auch wenn in fünf Direktwahlkreisen im Frühjahr 2013 Nachwahlen stattfinden müssen. Regieren wird zunehmend unüberschaubar und für die neue Regierung deutlich anstrengender. Es wäre sehr wünschenswert und bleibt gleichzeitig unwahrscheinlich, dass diese neue Konstellation zu einer Aufwertung des Parlaments gegenüber Präsident und Regierung führt.

Wenn das Parlament, vermutlich im Frühjahr, zu einem normalen Arbeitsrhythmus gefunden hat, wird sich zeigen, ob Abwägungs- und Entscheidungsprozeduren nun mangels stabiler Mehrheiten transparenter werden können, weil ein aus der Administration des Präsidenten gelenktes, technisches »Durchregieren« solange nicht möglich ist, wie der PdR eine Mehrheit im Parlament fehlt. Bei aller Enttäuschung und berechtigten Kritik am Wahlkampf könnte das Resultat theoretisch auch der Beginn eines Wandels bzw. einer Rückkehr zu demokratischeren Regeln sein.

Die Partei der Regionen ist am Wahlabend weit unterhalb ihrer übermütigen Zielsetzung und einer verfassungsändernden Mehrheit von 300 Mandaten geblieben und kann nur mithilfe der »Unabhängigen« aus den Direktwahlkreisen, potenziellen Überläufern aus anderen Fraktionen und punktuell mit Unterstützung der Kommunisten Mehrheiten schaffen. Bis zur Konstituierung des Parlaments ist es ihr aber nicht gelungen, 226 Stimmen fest an sich zu binden, da sich anfangs nur rund 25 »Unabhängige« zur Zusammenarbeit mit der Fraktion bereitfanden.

Die PdR stellt mit Wolodymyr Rybak nun auch den Sprecher des Parlaments, der erste Vize ist Kommunist und der zweite Vize ein *Swoboda*-Abgeordneter. Sprecher und erster Vize wurden mit Stimmen der KPU gewählt.

Die Koalition der PdR mit den Kommunisten ist beendet. Die KPU hat der PdR in ihren Hochburgen im Osten und Süden der Ukraine mit einem aggressiven Wahlkampf gegen den bisherigen Koalitionspartner viele Wähler-

stimmen abgenommen. Sie hat darüber hinaus davon profitiert, dass die Möglichkeit »gegen alle« zu stimmen im neuen Wahlgesetz nicht mehr vorgesehen war und enttäuschte Wähler sich deshalb verstärkt dem linken und rechten Rand des Parteienspektrums zuwendeten.

Sofern man bei ukrainischen Parteien über eine ideologische Ausrichtung überhaupt sprechen kann, hatte die alte Koalition kaum politische Gemeinsamkeiten: KPU und PdR haben ihre Stammwähler in den industriell geprägten Regionen. In beiden dominieren patriarchalisch-autoritäres Denken und Machtinteressen über Sachfragen. Aber das Reformprogramm, das Präsident Janukowytsch für die Jahre 2010 bis 2014 am Beginn seiner Amtszeit vorlegte, die Steuerreformen, vor allem die Rentenreform und das Bekenntnis zur europäischen Integration der Ukraine widersprachen diametral den politischen Vorstellungen der KPU. Die von den ökonomischen Einzelinteressen der Oligarchen definierte Politik der PdR entspricht in vielen Punkten nicht der Staatsfixierung und Versorgungsmentalität der KPU.

Die Opposition konnte immerhin durchsetzen, dass die Zeiten des »Pianospielens«, in der einige wenige anwesende Abgeordnete mit den Stimmkarten ihrer Kollegen stellvertretend abstimmen, in der *Werchowna Rada* beendet sind. Abstimmen dürfen künftig nur noch anwesende Abgeordnete. Aber an den beiden ersten Sitzungstagen regierten leider noch mehr als in der letzten Wahlperiode die Fäuste im gut besetzten Plenum.

Die neue Regierung

Dass der, dem Präsidenten stets loyale, Ministerpräsident Mykola Asarow noch einige Zeit im Amt bleiben würde, war angesichts des Wahlergebnisses sowie der nicht eindeutigen Kräfteverhältnisse in der PdR zu vermuten. Das Personaltableau des neuen Kabinetts deutet aber insgesamt darauf hin, dass Asarows politischer Einfluss geringer geworden ist, während die Kreise um Präsident Janukowytsch ihre Macht weiter ausbauen konnten. Mit dem neuen ersten Vizepremier Serhij Arbusow sitzt ein junger, ehrgeiziger Nachfolger bereits am Kabinetttisch, der zum engeren Kreis der »Familie« Janukowytsch zählt. Hierzu gehört auch die ehemalige Präsidentenberaterin Olena Lukasch, der mit der wieder geschaffenen Funktion der Kabinettsministerin eine zentrale Steuerungsfunktion übertragen wurde.

Neben Zuschnittsveränderungen wurde die Mehrheit der Minister (zehn von momentan 21) ausgetauscht. Das Kabinett ist insgesamt jünger und auch weiblicher geworden. Politisch betrachtet hat der Präsident seine Macht weiter ausgebaut. Der reichste Mann der Ukraine, Rinat Achmetow, konnte seine Interessen wesentlich konsolidieren. Der Einfluss des Oligarchen Dmytro Firtasch scheint dagegen reduziert, besteht im Energiesektor aber fort. Da sein enger Freund Serhij Ljowotschkin weiterhin an der Spitze der Präsidentschaftsadministration steht, gilt Firtaschs Zugang zur Macht trotzdem als gesichert. Natalija Korolewska, Spitzenkandidatin der deutlich an der Sperrklausel gescheiterten Partei »Ukraine Vorwärts«, ist der jüngste Beweis für die Flexibilität ukrainischer Politiker. Im Wahlkampf noch regierungskritisch, übernahm sie das Sozialministerium.

Solange die Mehrheitsverhältnisse im Parlament instabil bleiben, sind keine wesentlichen Veränderungen der politischen Agenda zu erwarten. Innenpolitisch wiegen ökonomische und soziale Probleme am schwersten, die das Potenzial haben, den bisherigen außenpolitischen Balanceakt einer Fortsetzung der europäischen Annäherung unter Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Russland zu torpedieren.

Perspektive 2015

Im Parlamentswahlkampf stand die Präsidentschaftswahl Ende März 2015 auf der geheimen Agenda vieler Politiker. Präsident Janukowytsch wünschte sich angeblich nichts sehnlicher als eine verfassungsändernde Mehrheit seiner Partei, um dadurch seine zweite Amtszeit durch Parlamentsbeschluss erreichen zu können. Der Spitzenkandidat der »Vereinigten Opposition«, Arsenij Jazenjuk, kämpfte nicht nur für ein gutes Ergebnis des Zusammenschlusses von »Vaterland« mit seiner Partei »Front der Veränderungen« und fünf kleineren Parteien, sondern auch gegen die abwesende Julija Tymoschenko um die Führerschaft der Opposition und eine gute Ausgangsposition für die Wahl 2015.

Auf dem Startblock für 2015 trifft Jazenjuk auf harte Konkurrenz aus dem heutigen Oppositionslager: Witali Klitschko und Oleh Tjahnybok. Alle drei Kandidaten stehen nach dem Scheitern von Juschtschenko vor dem Dilemma, dass in der Ukraine noch kein Präsident gegen die südlichen und östlichen Regionen reüssieren konnte.

Bis zur Wahl im März 2015 kann Klitschko sein aktuelles Image des unbeschädigten Hoffnungsträgers und der frischen politischen Kraft kaum konservieren. Es wird nicht einfach, die neue, bunte UDAR-Fraktion zusammenzuhalten und sich im Parlament zu konkreten Sachfragen politisch klar zu positionieren. Die taktischen Aussichten von Tjahnybok erscheinen heute deshalb innerhalb dieses Lagers leider deutlich besser.

Aber das von der Öffentlichkeit wenig beachtete Gesetz Nr. 5475 über das »Allukrainische Referendum«, dessen erste Lesung bereits im April 2010 stattgefunden hatte und das am 27. November 2012 vom Präsidenten unterzeichnet wurde, könnte ein potenzieller Hebel für eine gründliche Neuformation der politischen Lager und zur Entwertung des Parlaments in der Ukraine werden. Dieses Gesetz ermöglicht die Abhaltung von Referenden zum Beispiel über eine Neufassung der Verfassung, Änderungen, Ergänzungen und die Außerkraftsetzung von Gesetzen und kann auch territoriale Veränderungen betreffen. Das Gesetz sieht vor, dass ein allukrainisches Referendum auf Initiative der Bevölkerung stattfinden muss, wenn mindestens drei Millionen Stimmberechtigte den Antrag unterschrieben haben, wobei es notwendig ist, Unterschriften in mindestens zwei Dritteln der Regionen zu sammeln und mindestens 100.000 Unterschriften pro Region vorzulegen. Diese Regel macht das Instrument für die heutige Opposition im Prinzip nicht einsetzbar. Die Durchführung von Referenden obliegt der Zentralen Wahlkommission. Die Ergebnisse eines gültigen Referendums sind bindend, das heißt ein Bürgerentscheid steht oberhalb des Parlaments und sticht sogar die Verfassung.

Portraits von Wiktor Medwedtschuk zierten viele Monate mit vagen, populistischen Botschaften landauf, landab die Werbetafeln. Medwedtschuk blickt bereits auf eine typische politische Karriere zurück. In den frühen 1990er Jahren war er einer der einflussreichsten Männer und gehörte zu den Anführern des sogenannten »Kiewer Clans«, eines Netzwerks von ukrainischen Großindustriellen. Nach der Parlamentswahl 2002 wurde Medwedtschuk Leiter der Präsidentschaftsadministration unter Präsident Kutschma. Vor und während der Orangen Revolution war er einer der Gegenspieler des Präsidentschaftskandidaten Juschtschenko. Nach dessen Wahlsieg wurde gegen Medwedtschuk wegen Machtmissbrauch und Geldwäsche ermittelt, es kam aber zu keiner gerichtlichen Verurteilung. Medwedtschuks russische

Kontakte sind gut und eng, sodass es möglich erscheint, dass aus seinem Umfeld ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur Zollunion (Russland, Kasachstan und Belarus) initiiert und finanziert wird, dessen tieferer Sinn sich 2015 in einer Präsidentschaftskandidatur von Medwedtschuk offenbaren wird. Die Kommunisten haben den Vorschlag eines Referendums über den Beitritt zur Zollunion bereits öffentlich gemacht.

In diesem Szenario würde es der amtierende Präsident voraussichtlich nicht in die Stichwahl schaffen, in der sich Medwedtschuk und Tjahnybok gegenüberstehen könnten.

Düstere ökonomische Perspektiven

Die ökonomische Perspektive der Ukraine hat sich deutlich eingetrübt. Dafür sind unterschiedliche Faktoren verantwortlich. Einerseits war die amtierende Regierung, wie alle ihre Vorgänger, nicht davor gefeit, notwendige Reformen aus wahltaktischen Gründen zu verschieben und populistische Wahlgeschenke zu verteilen, deren Finanzierung im knappen Haushalt kaum darstellbar ist. Renten wurden erhöht, ohne dass das eigentliche Problem gelöst werden konnte: Nach wie vor erhalten zu viele Rentner nach jahrzehntelanger harter Arbeit so geringe Bezüge, dass sie davon nicht den minimalen Lebensunterhalt bestreiten können. Die Minimallöhne, die die Berechnungsgrundlage vieler anderer Sozialleistungen sind, wurden schrittweise angehoben.

Die positiven Effekte der EURO 2012 zeigen sich kurzfristig nur immateriell. Dagegen schlagen die überbeurteilten Infrastrukturinvestitionen sofort kassenwirksam zu Buche. Auch hier wirkten unterschiedliche Faktoren. Anfang 2010 waren die Vorbereitungen auf das sportliche Großereignis im Prinzip nicht vorhanden, der Druck seitens der UEFA und anderer war aber stark. Nachdem in Abstimmung mit der EU vereinbart worden war, normale Ausschreibungsverfahren im Interesse der Rettung des Events außer Kraft zu setzen, war der ohnehin schlimmen Korruption ein weiteres Einfallstor geschenkt. Etliche Investoren nahmen die Einladung zur Selbstbereicherung gerne an.

Neben hausgemachten Problemen wirken sich die globale Finanzkrise, die Krise des Euro und die Wirtschaftsprobleme in der Europäischen Union selbstverständlich

auch auf die Ukraine aus. Davon ist die wichtige Stahlbranche seit einem Jahr besonders betroffen. Die gesamte Industrieproduktion ist binnen Jahresfrist um sieben Prozent zurückgegangen. Bescheidene Wachstumszahlen in einigen Branchen deuten unter dem Strich darauf hin, dass mindestens zwei bis drei Jahre vergehen, bis die Ukraine sich von dem massiven Einbruch 2008 erholt und wieder das Vorkrisenniveau erreichen kann.

Weder die Verhandlungen über die Aussetzung der *take or pay*-Regel, die unabhängig von der tatsächlichen Abnahmemenge zur Zahlung der langfristig festgelegten Vertragsmenge zwingt, noch die Senkung des Gaspreises mit Russland haben zu einem Ergebnis geführt, sodass die Ukraine mit ungefähr 425 US-Dollar pro 1.000 m³ 2012 einen der höchsten Gaspreise in Europa an *Gazprom* entrichten musste. Der Gaspreis ist heute für Russland das stärkste Instrument zur Durchsetzung einer langfristigen und engen Einbindung der Ukraine in die Eurasische Union.

Das Wirtschaftswachstum ist 2012 hinter dem Plan der Regierung zurückgeblieben; man rechnet bestenfalls noch mit einer »schwarzen Null«. Das Leistungsbilanzdefizit von sechs Prozent im Jahr 2011 wird wahrscheinlich 2012 noch höher ausfallen. Die Zusammenarbeit mit dem IWF blieb 2012 ausgesetzt, da sich die Regierung im Wahljahr besonders hartnäckig weigerte, die Forderungen des IWF als Voraussetzung einer Wiederaufnahme auch nur zu diskutieren. 2013 müssen aber fast neun Milliarden US-Dollar Auslandsschulden vom Staat getilgt werden, davon allein sechs Milliarden US-Dollar beim IWF, sodass sich die Krise ohne Stundung durch den IWF weiter zuspitzen wird.

Die Nationalbank musste 2012 mit ihren Reserven die Währung stützen. Kredite sind für die Wirtschaft fast nicht mehr finanzierbar, aber die Wechselkursfixierung der Hrywna zum US-Dollar besteht trotzdem fort. Abwertungsszenarien beschäftigten konsequenterweise Politik, Wirtschaft und Bevölkerung mit entsprechender Verunsicherung. Sollte eine makroökonomisch begründete Abwertung stattfinden, wären auch die vielen kleinen Vorwahl-Geschenke an Rentner und Geringverdiener mit einem Schlag entwertet und das soziale Protestpotenzial könnte, trotz aller politischen Apathie, auf ein relevantes Niveau steigen. Darin steckt für die Regierung und den Bald-wieder-Wahlkämpfer Janukowjtsch ein gefährlicher Sprengsatz.

Die neue Regierung wird Antworten zur Bewältigung der Krise vorlegen müssen. Die divergierenden Optionen dafür sind bekannt: nachhaltige Reformen, IWF-Programm, Freihandels- und Assoziierungsabkommen mit der EU oder Beitritt zur Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan. Mit rein administrativen Maßnahmen kann die Regierung nur einen kurzen zeitlichen Aufschub erzielen.

EU und Ukraine in der Sackgasse

Innenpolitische Konflikte belasten die Außenbeziehungen der Ukraine stark: Seit im Juni 2011 vor einem Kiewer Bezirksgericht der erste Prozess gegen die frühere Ministerpräsidentin Tymoschenko begann, in dem sie wegen Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt wurde, sind die Beziehungen zur Europäischen Union und Deutschland sukzessive erkaltet. Europäische Verantwortliche werfen der Ukraine die rechtliche Verfolgung von führenden Oppositionspolitikern und mithin politisch motivierte Rachejustiz vor, beklagen Einschränkungen der Presse- und Medienfreiheit sowie andere Verschlechterungen demokratischer Standards, nicht zuletzt bei der Parlamentswahl im Oktober. Je massiver die Kritik an der ukrainischen Führung wurde, umso störrischer wurde darauf reagiert.


Gleichzeitig gilt es festzuhalten, dass die ukrainischen-russischen Beziehungen sich, aus anderen Gründen, im Ergebnis auch in sehr schwierigem Zustand befinden. Ein guter Indikator ist hier die bittere Klage in der Moskauer *Nesawisimaja Gaset* am 19. November 2012 unter der Überschrift »Russland kann sich in der Ukraine auf niemanden verlassen«.

Die EU und die Mitgliedstaaten haben den politischen Druck auf die Ukraine, besonders zur Freilassung von Tymoschenko, in den letzten 18 Monaten konsequent zu erhöhen versucht, unter anderem dadurch, dass die Unterzeichnung eines an sich musterhaften Freihandelsabkommens (DCFTA) ausgesetzt und die Unterschrift unter das ebenfalls fertig verhandelte Assoziierungsabkommen auf ein unbekanntes Datum verschoben worden ist. Für viele Ukrainer entsteht dadurch der Eindruck, dass das Assoziierungsabkommen eine Belohnung für eine Freilassung von Tymoschenko sein soll. Aus westlicher Sicht sollte es darum gehen, die staatliche Souveränität der Ukraine als wichtigem Brückenstaat zu festigen und sie bei Reformen in Staat und Wirtschaft zu unterstützen.

Wo steht die EU heute? Hat sie mit ihrem Oberlehrerhabitus die gewünschten Veränderungen in der Ukraine anstoßen können? Die Debatten der letzten Monate zeigen, dass es in Brüssel und anderswo an fundierter Ukraine-Expertise mangelt: Eine polternde Bestrafungspolitik, die laut über Sanktionen nachdenkt, verkennt, dass eine schwierige Annäherung der Ukraine an die EU im ureigenen Interesse wäre. Wenn die bestehenden, in der Amtszeit von Janukowytsch wieder gewachsenen Demokratiedefizite in der Wahrnehmung der ukrainischen Bürger von der EU zum Anlass genommen werden, sich von dem Land zurückzuziehen, entsteht auch ein Schaden für Europa.

Es kann nicht im europäischen Interesse liegen, wenn es in der Ukraine chaotisch zugeht. Chaos spielt darüber hinaus politisch den Befürwortern der »russischen Lösung« in die Hände. Die PdR wird von ostukrainischen Eliten dominiert, von denen viele Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit Russland haben. Aber diese Tatsache gleichzusetzen mit dem Willen und der Bereitschaft zur Aufgabe der Unabhängigkeit, ist ein intellektueller Kurzschluss. Betrachtet man parallel, wie die EU ihr Verhältnis zu Russland gestaltet und dortige innenpolitische Entwicklungen kommentiert, ist der Verdacht doppelter Standards naheliegend.

Regierungspartei und Opposition unterscheiden sich in ihrem Politikverständnis und -stil nur marginal. Die Opposition verfügt, bei aller zutreffenden Kritik an der Regierung, nicht über ein konsistentes Konzept, hinter dem sich Mehrheiten für die notwendigen Reformen versammeln könnten. Fast ausnahmslos bestimmt extreme Kurzfristigkeit das Handeln der Eliten in Wirtschaft und Politik. Aus diesem Grund stellt die Option eines Beitritts zur oder einer engen Zusammenarbeit mit der Zollunion am Ende dieses Jahres erstmals eine denkbare Variante dar. Aufgrund der Brüsseler Problemlagen kann die Ukraine mittelfristig von der EU kaum umfangreiche Unterstützung erwarten. Die Marktzugänge sind nicht gleichgewichtig, da insbesondere die ukrainische Agrarbranche negativ von einem Freihandelsabkommen betroffen sein wird. Diese Branche hat aus globaler Perspektive großes Potenzial, dass sich über eine EU-Integration kaum realisieren ließe. Der Zugang zu wichtigen russischen Märkten, für die es aufgrund der begrenzten Produktqualität keine europäischen Alternativen gibt, bliebe via Zollunion bestehen. Das wichtigste kurzfristige Argument ist ein



nennenswerter Gasrabatt, der in etwa der Höhe der zu bedienenden Auslandsschulden der Ukraine im Jahr 2013 entsprechen könnte.

Wenn gleichzeitig auch die IWF-Gespräche in einer Sackgasse verharren, gewinnen Stimmen an Einfluss, die angesichts von *North* und *South Stream* realisieren, dass die heutigen Gewinne aus dem Gastransportsystem zeitlich begrenzt sind und sein zügiger Verkauf an *Gazprom* heute *noch* ein fiskalisch gutes Geschäft ist.

Es ist eine Verhärtung in den Beziehungen eingetreten: Tymoschenko ist nicht frei, allerorten grassiert Enttäuschung und eine gewisse Ukraine-Müdigkeit. Alternativen in dieser Symbolpolitik hat die EU aber nicht, sie sollte sich auf Realpolitik konzentrieren. Die EU wird häufiger, als es ihr Recht sein kann, als fremde Interventionsmacht missbraucht: Von der Opposition und Teilen

der Zivilgesellschaft dadurch, dass diese die EU immer wieder auffordern, bestimmte Veränderungen bei der Regierung *par ordre du mufti* durchzusetzen, für die sich die Opposition selbst zu schwach fühlt. Dadurch entsteht aber in der Bevölkerung eine zunehmend kritische Sicht auf die EU, die letztlich für eine Schwächung der proeuropäischen Kräfte in der Ukraine sorgt.

Der Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft steht für die Ukraine noch immer offen. 2004 haben illusionäre Hoffnungen vieler Ukrainer und im Westen getrogen. Der Alltag ist für die Menschen seit der Unabhängigkeit eine permanente Herausforderung: Es ist an der Zeit für Ehrlichkeit, denn Demokratieentwicklung und Wirtschaftsmodernisierung dauern nicht nur einige Jahre, sie beanspruchen Jahrzehnte. Der Weg dahin ist schwer und Rückschläge gehören dazu. Mit kritischen Partnern, die Zusammenarbeit ernst nehmen, ist er zu schaffen.



Über die Autorin

Ursula Koch-Laugwitz leitet das Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-458-7